



## Inhalt

Vorwort des Vorsitzenden .....	1
Grußwort des Ratsvorsitzenden der Europäischen Metropolregion .....	3
Rechtsextremismus in der Metropolregion .....	4
Für eine starke Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion .....	6
Was Kommunen und Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus tun können – Zwölf Handlungsfelder.....	8
1. Handlungsfeld Kooperation .....	8
2. Handlungsfeld Öffentlichkeit.....	10
3. Handlungsfeld Medien .....	11
4. Handlungsfeld Bildung .....	11
5. Handlungsfeld außerschulische Jugendbildung.....	13
6. Handlungsfeld Wirtschaft.....	14
7. Handlungsfeld Versammlungsrecht .....	14
8. Handlungsfeld Immobilien .....	15
9. Handlungsfeld Chancengleichheit .....	16
10. Handlungsfeld kulturelle Vielfalt.....	17
11. Handlungsfeld Sport .....	18
12. Handlungsfeld Internet.....	19
Weitere Informationen und Impressum .....	21

## Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg

### Vorwort

Aufmärsche von rechtsextremistischen Gruppen, rassistische Sprüche am Arbeitsplatz, rechtsextreme Musik im Kinderzimmer, menschenfeindliche Kampagnen in Facebook und Co., Ausgrenzung von Menschen mit anderer Herkunft – diese Phänomene sind leider keine Randerscheinungen. Im Zuge von ökonomischen Krisen und Verteilungsdebatten müssen Zuwanderinnen und Zuwanderer als Sündenböcke für vielfältige gesellschaftliche Probleme herhalten. Rechtsextremistische und rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen geben vor, komplizierte Gerechtigkeitsfragen, die Frage nach der Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme, die Frage nach unserer Identität in einer globalisierten Welt mit primitiven und brutalen Mitteln lösen zu können. Es wird die Einheit einer „Wir-Gemeinschaft“ beschworen, die es weder in biologischer, ethnischer noch in kultureller Hinsicht je gegeben hat und auch in Zukunft nicht geben wird. Menschen, die zufällig andernorts geboren wurden oder die hier seit Generationen zu Hause sind, drohen Zugangsbarrieren, Benachteiligungen, Beleidigungen, Zäune, Mauern oder blanke rassistische Gewalt.

Die Metropolregion Nürnberg ist zu einem Hauptaktionsgebiet rechtsextremistischer Vereinigungen in Bayern geworden. Sie knüpfen im Verborgenen oder unverhohlen an die Zeit der Nazi-Diktatur an, als Franken eine Hochburg der NSDAP war. Den bedrohlichen Entwicklungen, die durch einen fanatischen Nationalismus und Rassismus drohen, müssen wir gemeinsam mit aller Entschiedenheit begegnen. Den Kommunen und zivilgesellschaftlichen Gruppen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Initiativen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sowie ein klares öffentliches Eintreten für Vielfalt und Menschenrechte sind wichtige Signale dafür, dass wir unsere demokratischen Werte entschlossen verteidigen. Kommunale Bildungsarbeit, Runde Tische, Bündnisse für Demokratie und Toleranz sind Beispiele für Strategien auf lokaler Ebene, die dazu beitragen können, der rassistischen Ideologie den Boden zu entziehen.

Das vorliegende, aktualisierte Handlungsprogramm stellt die moralische und ganz praktische Grundlage der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion dar. Bezogen auf unterschiedliche Handlungsfelder gibt sie Anregungen, was Städte, Gemeinden und bürgerschaftliche Initiativen gemeinsam gegen die verfassungsfeindliche Agitation rechtsextremistischer Parteien und Gruppen tun können. Dabei spielt die Präventionsarbeit eine besonders wichtige Rolle, um dem Einfluss des antidemokratischen und menschenverachtenden Gedankenguts von Neonazis erfolgversprechend entgegenzuwirken.

Die Metropolregion Nürnberg zeichnet sich durch Toleranz und Weltoffenheit aus. Auch in Zukunft sollen alle ihre Bewohnerinnen und Bewohner, gleich welcher nationalen, ethnischen, kulturellen, religiösen oder sozialen Zugehörigkeit, ein Leben in Würde, frei von Angst und Not führen können. Dazu soll die Umsetzung dieses Handlungsprogramms beitragen.



Michael Helmbrecht

Vorsitzender der Allianz gegen Rechtsextremismus

## Grußwort

Die Europäische Metropolregion Nürnberg ist eine Heimat für Vielfalt. Sie steht für Internationalität und hohe Lebensqualität und zeichnet sich durch Weltoffenheit, Toleranz und eine hohe politische Verantwortungsbereitschaft aus.

Dies wird besonders sichtbar im Netzwerk der Allianz gegen Rechtsextremismus, das seit seiner Gründung im März 2009 Kommunen und Gemeinden, zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen vernetzt, um gemeinsam gegen die Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda vorzugehen und die Grundwerte unserer Demokratie zu schützen.

Einzigartig ist die Kooperation auf Augenhöhe zwischen Gebietskörperschaften und Zivilgesellschaft, zwischen großen Städten und kleinen Gemeinden, zwischen Stadt und Land. Mit hohem bürgerschaftlichem Engagement und großem persönlichen Einsatz zeigen die Vertreterinnen und Vertreter des Bündnisses Gesicht und Zivilcourage gegen rechtsextreme Auffassungen und Gruppierungen. Damit trägt das Netzwerk vorbildlich zur politischen Profilbildung der Region und zur Stärkung einer demokratischen, toleranten und weltoffenen Kultur des Zusammenlebens bei.

Die Europäische Metropolregion Nürnberg kann stolz darauf sein, ein solches Netzwerk auf den Weg gebracht zu haben. Gemeinsam tragen wir dazu bei, dass sich alle Bewohnerinnen und Bewohner, Besucherinnen und Besucher in der Metropolregion frei, sicher und willkommen fühlen können, ganz gleichgültig, welchen nationalen, ethnischen, kulturellen, weltanschaulichen oder sozialen Hintergrund sie haben.



Dr. Siegfried Balleis

Oberbürgermeister der Stadt Erlangen  
Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg

## Rechtsextremismus in der Metropolregion

Spätestens seit der Aufdeckung der NSU-Mordserie zeigt sich, wie sehr die rechtsextremistische Szene in der Metropolregion vernetzt ist. Extrem Rechte sind vom Fahndungsdruck nicht beeindruckt, sondern fühlen sich sogar noch eher herausgefordert.

Die NPD und ihre Tarnlisten wie die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA), die in Nürnberg und München im Stadtrat vertreten sind, geben sich zwar bieder – und werden deswegen von den militanten Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten belächelt –, doch die Übergänge sind fließend.

2012 gründete die NPD-Nachwuchsorganisation „Junge Nationaldemokraten“ den „JN-Stützpunkt Franken/Oberpfalz“ sowie den „JN-Stützpunkt Coburg/Oberfranken“. Der Nürnberger BIA-Stadtrat und ehemalige NPD-Landesvorsitzende Ralf Ollert, der nach außen hin eine gemäßigt erscheinende „seriöse Radikalität“ verfolgt, trat als Redner auf. Im Publikum waren Neonazis der Kameradschaften „Division Franken“, „Aktionsbündnis Nordfranken“, „Freie Nationalisten Weißenburg“ und „Nationaler Widerstand Amberg“ vertreten. Eine ihrer Parolen: „Die Demokraten bringen uns den Volkstod“.

Als weitaus bedrohlicher sind aber die gewaltbereiten Kameradschaften einzustufen, an erster Stelle das „Freie Netz Süd“ (FNS), in dem jene Nazis den Ton angeben, die die Tradition der 2004 in Bayern wegen „Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus“ verbotenen „Fränkischen Aktionsfront“ (FAF) fortsetzen. Auch mit militanten Mitteln.

Bei einer Razzia im Juli 2013 wurden bayernweit 70 Wohnungen führender FNS-Kader durchsucht, etwa bei dem einschlägig vorbestraften Matthias Fischer (Fürth), bei Sebastian Schmaus (bis 2014 Nürnberger BIA-Stadtrat), Norman Kempken (Nürnberg) und dem kurz zuvor aus der Haft entlassenen FNS-Mitbegründer Tony Gentsch (Hof), dessen Mutter im Regnitzlosauer Ortsteil Oberprex ein ehemaliges Gasthaus kaufte, das nun „Nationales Zen-

trum Hochfranken“ ist und in dem Matthias Fischer seine Vorstellungen von einer „National befreiten Zone“ entwickelte.

Bei der Razzia wurden Hakenkreuzfahnen, Neonazis-CDs, Materialien der in Deutschland verbotenen Organisation „Blood & Honour“, Schlagstöcke, Messer, Waffen und Stielgranaten sichergestellt. Ziel der Aktion, an der rund 700 Einsatzkräfte der Polizei teilnahmen, war es nach Darstellung des bayerischen Innenministeriums, Beweise für ein Vereinsverbot zu sammeln: Nämlich dafür, dass das FNS eine Nachfolgeorganisation der FAF ist. Verboten ist die Kameradschaft bisher noch nicht.

Es gibt aber auch Verbindungen zum NSU-Mordtrio. Die Nürnberger Kneipe „Tiroler Höhe“ war in den 90er Jahren ein Kristallisationspunkt der rechtsextremistischen Szene. NPD-Funktionäre waren dort regelmäßig zu Gast, andere Neonazis, und auch, bei einer Feier, bei der es einen Polizeieinsatz gab, NSU-Terrorist Uwe Mundlos. Die „Tiroler Höhe“ stand zudem auf einer Adressenliste des NSU. Ein Foto, das im Mai 1997 bei einer Nazi-Demo in Neuhaus am Rennweg (Thüringen) aufgenommen wurde, zeigt an der Spitze NPD-Mann Ralf Ollert und gleich neben ihm den NSU-Terroristen Uwe Böhnhardt und die im NSU-Prozess angeklagte Beate Zschäpe.

Die Metropolregion Nürnberg ist nach wie vor ein Hauptaktionsgebiet der NPD und anderer rechtsextremer Vereinigungen. Beispiele dafür gibt es aus vielen Städten und Kreisen, besonders in Oberfranken mit der Nähe zu Thüringen und Tschechien. Nach wie vor marschieren Neonazis zum Heiß-Gedenken in Wunsiedel, wenn auch verdeckt unter anderer Bezeichnung. Mit Aufmärschen traktieren sie große wie kleine Städte, beispielsweise Hof, Pegnitz, Bayreuth, Treuchtlingen, Weißenburg, Coburg, Ansbach, Nürnberg, Kitzingen oder Würzburg. Neben diesen öffentlich zelebrierten Inszenierungen werden Interessierte zu Kameradschaftsabenden, Wochenendausflügen und Grillfesten eingeladen, um sie an die rechte Erlebniswelt heranzuführen. So nehmen auch die Winter- und Sommersonnwendfeiern einen festen Platz im Terminkalender der Kameradschaften ein, wie im Landkreis Neumarkt i.d. OPf. zu beobachten ist.

Es ist kein Zufall, dass sie ihre Aktivitäten wie ein Spinnennetz gerade über kleinere Gebiete und deren Ortschaften ziehen. Dort erwarten sie sich wenig Gegenwehr und hoffen darauf sich ungestört treffen zu können. Wie beispielsweise 2013 bei einem Rechtsrockkonzert in Scheinfeld mit rund 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Wie wichtig gerade die Kommunen für die Rechtsextremisten sind, um gesellschaftliche Akzeptanz und politischen Einfluss zu gewinnen, lässt sich der Aussage eines führenden NPD-Funktionärs entnehmen: „Sachsen hat ja bewiesen, dass es sinnvoll ist, erst in den Kommunen verankert zu sein. Über die Kommunen kommt man dann auch in (...) die Landtage und über die Landtage in den Bundestag. Von oben nach unten wird das natürlich sehr schwierig und ist fast aussichtslos. (...) Landesverbände werden nur dann Erfolg haben, wenn sie (...) kommunal verankert sind.“

Vor diesem Hintergrund kommt den Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine Schlüsselrolle in der politischen und praktischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu.

## Für eine starke Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion

In einer steigenden Anzahl von Städten, Gemeinden und Landkreisen der Metropolregion ist zu beobachten, dass Auftritte Rechtsextremer zu einem festen Bestandteil des Alltags geworden sind. Jede Kommune in der Metropolregion kann von rechtsextremistischen Aktivitäten betroffen werden. Dabei sind Aufmärsche nur die leicht erkennbaren Spitzen ihres Vorgehens. Längst versuchen sie, unser demokratisches Gemeinwesen zu unterwandern und durch sogenannte Informations-, Musik- und andere Freizeitangebote, insbesondere für Jugendliche, unser Wertesystem in Frage zu stellen. Ihre menschenverachtende Ideologie ist in Teilen der Gesellschaft und in allen Altersgruppen angekommen.

Damit dieser Bedrohung angemessen begegnet werden kann, initiierte das Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg gemeinsam mit der Bürgerbewegung für Menschenwürde in Mittelfranken / Ansbach Stadt und Landkreis im Jahr 2009 die „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion“. Ihr geht es darum,

- den Widerstand gegen rechtsextremistische Aktivitäten zu stärken, insbesondere möglichst viele Menschen bei aktuellen Anlässen zu mobilisieren;
- bisher noch nicht betroffene Städte und Gemeinden zu sensibilisieren und für eine Mitwirkung in der Allianz zu gewinnen;
- die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu intensivieren;
- die regionale und überregionale Koordinierung von Aktionen gegen Rechtsextremismus zu organisieren;
- den Austausch von Erfahrungen, Informationen und Best-Practice-Beispielen durch regelmäßige Tagungen und durch eine Website zu fördern sowie
- finanzielle Mittel für Aktivitäten der Kommunen und zivilgesellschaftlichen Gruppen einzuwerben.

Die ersten gemeinsamen Schritte sind getan. Mit dem Handlungsprogramm und der Gastro-Initiative „Kein Platz für Rassismus! Wir zeigen Zivilcourage“ verfügt die Allianz gegen Rechtsextremismus beispielsweise über fundierte Instrumente, ihre Mitglieder und Interessierte, Gastronomie und Hotellerie zu informieren und zu beraten.

Es ist aber weiterhin unverzichtbar, dass die Kommunen, die Kirchen, die Unternehmen, Vereine und alle zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure auf rechtsextremistische Agitationen reagieren, um den Neonazis mit ihren Parolen nicht kampfflos unser Gemeinwesen zu überlassen. Die in den letzten Jahren von solchen Heimsuchungen betroffenen Städte und Gemeinden haben mit ihren Bürgerinnen und Bürgern hier Vorbildliches geleistet und mit bewundernswerter Kreativität gehandelt. Beispiele dafür sind Wunsiedel, Gräfenberg, der Land-

kreis Coburg und Rothenburg o.d. Tauber sowie andere Städte und Gemeinden in der Metropolregion. Die extremistische Rechte agiert jedoch immer professioneller und umfänglicher. So nutzt sie in ihrer öffentlichen Selbstdarstellung und in ihrem Erscheinungsbild zunehmend eine Mischung aus taktisch zurückhaltendem Auftreten sowie neuen politischen, aggressiven sozialen und kulturellen Aktionsformen, um ihre antidemokratische und rassistische Ideologie zu verbreiten. Damit es ihr nicht gelingt, die Köpfe der Menschen zu erreichen, ist ein langfristiges Programm mit konkreten Handlungsvorschlägen als Arbeitsgrundlage für die Allianz unverzichtbar.

## Was Kommunen und Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion tun können – Zwölf Handlungsfelder

### 1. Handlungsfeld Kooperation:

#### Wie können Kommunen und zivilgesellschaftliche Organisationen kooperieren?

Eine enge Zusammenarbeit von Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, Rechtsextremismus wirksam zu bekämpfen. Sie ist unverzichtbar, um die Öffentlichkeit zu informieren, zu sensibilisieren und gegen Aktivitäten neonazistischer Gruppen und Parteien zu mobilisieren. Und sie ist notwendig, um dem Einfluss der Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten und ihrer menschenverachtenden Ideologie durch langfristig angelegte Strategien den Boden zu entziehen.

#### Vorschläge:

- Einrichtung eines kontinuierlich tagenden „Runden Tisches gegen Rechtsextremismus“ in allen Kommunen, der die Aufgabe hat, den Austausch von Informationen, Erfahrungen und Best-Practice-Beispielen zu fördern, Personen und Aktivitäten zu vernetzen und gemeinsame Maßnahmen zu planen. In diesem Gremium sollten alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte vertreten sein, zum Beispiel die Kirchen und Religionsgemeinschaften, Vereine und Verbände, Unternehmen und Gewerkschaften, die Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung, politisch Verantwortliche, die demokratischen Parteien und ihre Jugendorganisationen, Bürgerinitiativen, Jugendgruppen und Schulen, die Medien, die Polizei und Justiz
- Regelmäßige Thematisierung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in möglichst vielen Institutionen und Organisationen in der Stadt bzw. Gemeinde
- Aufbau einer Datensammlung, um die örtliche Situation analysieren und bewerten zu können und auf dieser Grundlage erreichbare Ziele zu formulieren
- Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und Experten, überregionalen Institutionen und Organisationen, die durch ihre Erfahrung und ihren Sachverstand bei der Entwicklung ortsspezifischer Strategien beratend tätig werden können
- Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung, politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, um über aktuelle Entwicklungen in der rechtsextremistischen Szene und rechtliche Grundlagen zu informieren sowie wirksame Gegenmaßnahmen zu beraten

## 2. Handlungsfeld Öffentlichkeit:

### Wie können die Öffentlichkeit informiert und zivilgesellschaftliches Engagement gestärkt werden?

Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die wachsende Bedrohung unserer demokratischen Werte durch rechts-extreme Gruppen und Parteien ist von herausragendem Stellenwert, um deren antidemokratischen Gedankenwelt erfolgreich entgegenzuwirken.

Vorschläge:

- Regelmäßige Durchführung von Veranstaltungen zum „Internationalen Tag gegen Rassismus“ am 21. März oder zu anderen Gedenktagen wie beispielsweise der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar und der Pogromnacht am 9. November, um die Öffentlichkeit über die Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus, über Rassismus und Antisemitismus aufzuklären
- Verbreitung von Publikationen, die über rechtsextremistische Parteien und Gruppen, ihre ideologischen Grundlagen und politischen Ziele informieren, um die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu fördern
- Einrichtung von Runden Tischen oder Diskussionsforen, um mit Bürgerinnen und Bürgern zu diesen Themen ins Gespräch zu kommen
- Veranstaltung von Lesungen mit bekannten Persönlichkeiten aus Literatur, Theater, Film und Medien über den Nationalsozialismus, seine Rassenideologie und moderne Formen des Rechtsextremismus
- Durchführung von Informationsständen, Plakat- und Leserbriefaktionen, Ausstellungen und Demonstrationen
- Regelmäßige Veranstaltung eines „Fests der Demokratie“ mit einem vielfältigen Informations- und Kulturprogramm
- Aufbau einer Adressdatei, um interessierte Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich zu informieren und zur Mitwirkung an Aktivitäten einzuladen

- Nutzung und Vernetzung bestehender Webseiten zu diesem Themenbereich

## 3. Handlungsfeld Medien:

### Wie kann die Zusammenarbeit mit den Medien intensiviert werden?

Eine enge Kooperation mit den Medien ist unerlässliche Voraussetzung für eine erfolgversprechende Öffentlichkeitsarbeit gegen Rechtsextremismus.

Vorschläge:

- Kontinuierliche Information der Medien über geplante Veranstaltungen, Aktionen und Projekte durch Pressekonferenzen, Pressemitteilungen und Hintergrundgespräche
- Benennung kompetenter Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Medien
- Gewinnung von Medienpartnerinnen und Medienpartnern und Nutzung von medialen Plattformen
- Einladung an interessierte Redakteurinnen und Redakteure der Printmedien und Lokalsender, an der Planung von Aktivitäten und ihrer inhaltlichen Gestaltung mitzuwirken
- Angebote zu Interviews mit prominenten Persönlichkeiten, die den Kampf gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion unterstützen
- Gründung einer Zeitungswerkstatt, in der Jugendliche gemeinsam mit Journalistinnen und Journalisten eine Publikation zum Thema Rechtsextremismus erstellen

## 4. Handlungsfeld Bildung:

### Wie können Bildungseinrichtungen Präventionsarbeit leisten?

Den Bildungseinrichtungen kommt eine besonders wichtige Rolle zu, wenn es darum geht, demokratische Werte

und demokratisches Verhalten zu stärken und interkulturelle Verständigung zu fördern.

#### Vorschläge:

##### a) Präventionsarbeit an den Schulen in der Metropolregion

- Förderung der Menschenrechtsbildung, um Respekt vor der Würde und den gleichen Rechten des anderen ebenso zu stärken wie Demokratie, Toleranz, Nichtdiskriminierung und Gewaltlosigkeit
- Förderung des Projekts „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“, um rassistischen Einstellungen und Verhaltensweisen entgegen zu wirken
- Stiftung eines Preises, der regelmäßig für die besten schulischen Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung vergeben wird
- Durchführung von Veranstaltungen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und Besuche von Gedenkstätten, Dokumentationszentren und ehemaligen Konzentrationslagern, um die Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit dem Nationalsozialismus zu intensivieren und sie zum Engagement gegen menschenverachtende Ideologien zu motivieren
- Einrichtung von Workshops, in denen sich die Schülerinnen und Schüler vertieft mit dem Nationalsozialismus und modernen Formen des Rechtsextremismus (z. B. Schulhof-CDs, Musik, Symbolik und Lifestyle), mit Rassismus und Antisemitismus und mit Beispielen couragierten Handelns in Geschichte und Gegenwart befassen
- Informationsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern

##### b) Präventionsarbeit an Einrichtungen der Erwachsenenbildung in der Metropolregion

- Durchführung von Veranstaltungen und Seminaren zur Information über rechtsextremistische Parteien und Gruppen, ihre ideologischen Grundlagen, ihre verfassungsfeindlichen Ziele und ihre politischen Strategien, um dadurch das demokratische Bewusstsein zu stärken und gesellschaftliches Engagement zu fördern

## 5. Handlungsfeld außerschulische Jugendbildung:

### Wie kann eine demokratische Jugendkultur gefördert werden?

Der außerschulischen Jugendarbeit ist besonderes Augenmerk zu widmen, da sich die rechtsextremistische Szene intensiv bemüht, Jugendliche durch vielfältige Freizeitangebote und über das Internet im Sinne ihres antidemokratischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts zu beeinflussen und für ihre Ziele zu gewinnen.

#### Vorschläge:

- Einrichtung eines örtlichen Jugendparlaments, um das politische Interesse der Jugendlichen zu fördern und ihnen die Möglichkeit zu geben, demokratisches Verhalten und Handeln einzuüben
- Entwicklung eines vielfältigen, attraktiven und zielgruppenorientierten Freizeitangebots, um den Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene auf diesem Gebiet erfolgversprechend entgegenwirken zu können
- Durchführung von Veranstaltungen und Seminaren, um Jugendliche über die Ursachen und Folgen von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit aufzuklären, ihre Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen zu fördern, demokratische Werte und Normen zu vermitteln und die Bereitschaft zur Zivilcourage zu stärken
- Gestaltung einer präventiven Jugendarbeit mit dem Ziel, das Selbstwertgefühl der Jugendlichen zu stärken, sie zu selbstbestimmtem Handeln zu befähigen, ihr soziales und interkulturelles Lernen zu fördern und gefährdete Jugendliche zu integrieren
- Durchführung sportlicher Veranstaltungen und internationaler Jugendbegegnungen, die besonders geeignet sind, das respektvolle Miteinander von Jugendlichen unterschiedlicher nationaler, ethnischer, religiöser, kultureller oder sozialer Herkunft zu fördern



## 6. Handlungsfeld Wirtschaft:

### Wie kann die Unterstützung der Wirtschaft für die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion gewonnen werden?

Die Metropolregion Nürnberg zeichnet sich durch Toleranz und Weltoffenheit aus. Dies ist ein positiver Standortfaktor für die Unternehmen, die deshalb auch einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, um Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wirksam zu begegnen.

#### Vorschläge:

- Öffentliche Auszeichnung von Unternehmen, die die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv unterstützen
- Beteiligung von Unternehmen an Runden Tischen sowie an der Planung und Durchführung von Veranstaltungen und Aktionen
- Förderung von Fortbildungsangeboten zum Thema Rechtsextremismus für Firmenangestellte in Kooperation mit Unternehmen, Betriebsräten und Gewerkschaften
- Beteiligung von Firmen an Werbemaßnahmen zur Finanzierung von Veranstaltungen und Aktionen

## 7. Handlungsfeld Versammlungsrecht:

### Was können Kommunen und Zivilgesellschaft gegen öffentliche oder nichtöffentliche Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen tun?

Das Recht auf Versammlungsfreiheit ist allen Deutschen durch das Grundgesetz garantiert. Solange eine Partei oder Vereinigung nicht verboten ist, kann sie von diesem Recht Gebrauch machen, auch wenn es sich dabei um erklärte Feinde der Demokratie handelt. Das Bundesverfassungsgericht weist in ständiger Rechtsprechung darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich frei seien, grundlegende Werte der Verfassung in Frage zu

stellen oder die Änderung tragender Prinzipien zu fordern. Gerade in einer demokratischen Gesellschaft muss die inhaltliche Auseinandersetzung mit extremistischen politischen Positionen im Vordergrund stehen.

Das Bayerische Versammlungsgesetz regelt die Handlungsmöglichkeiten der Behörden gegen extremistische Versammlungen. Grundsätzlich gilt: Das zuständige Ordnungsamt klärt und bestimmt die Rahmenbedingungen der Veranstaltung, hat die Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten und kann die Veranstaltung gegebenenfalls auch verbieten.

#### Vorschläge:

- Anwendung aller rechtlichen Handlungsmöglichkeiten gegen rechtsextremistische Versammlungen durch die zuständigen Ordnungsämter
- Information der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Medien über geplante rechtsextremistische Veranstaltungen durch die zuständigen Behörden, damit die Öffentlichkeit sensibilisiert und zu Gegenmaßnahmen mobilisiert werden kann
- Unterstützung und Beratung zivilgesellschaftlicher Gruppen bei Gegenversammlungen und Aktivitäten

## 8. Handlungsfeld Immobilien:

### Was können Kommunen und Zivilgesellschaft gegen geplante Immobilienkäufe oder eine bereits vorhandene räumliche Infrastruktur rechtsextremistischer Kreise tun?

Rechtsextremistische Kreise bemühen sich intensiv, Immobilien zu erwerben oder anzumieten, die sie als Rückzugsräume, Schulungszentren oder Stützpunkte für ihre Aktivitäten nutzen wollen. Die Kommunen haben jedoch rechtliche und politische Handlungsmöglichkeiten, um derartige Versuche zu vereiteln.

#### Vorschläge:

- Information der Kommunen über rechtliche Handlungsmöglichkeiten durch Expertinnen und Experten

- Kooperation der betroffenen Kommunen mit der Bezirks- und Staatsregierung, um eine gemeinsame Strategie zu entwickeln
- Erfahrungsaustausch unter betroffenen Städten und Gemeinden über rechtliche und politische Maßnahmen
- Information der Medien und der zivilgesellschaftlichen Organisationen durch die zuständigen Behörden, um die Öffentlichkeit für Protestaktionen mobilisieren zu können
- Motivation von Immobilienbesitzerinnen und -besitzern, Gastronomie und Hotellerie nicht an rechtsextremistische Gruppierungen zu vermieten oder zu verkaufen

## 9. Handlungsfeld Chancengleichheit:

### Wie können Kommunen und Zivilgesellschaft Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit wirksam entgegenzutreten und Chancengleichheit für alle fördern?

Die Förderung der Chancengleichheit trägt dazu bei, in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller Menschen zu stärken. Sie ist damit eine wichtige Maßnahme, um jeder Form von Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken.

#### Vorschläge:

- Förderung der Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund und aus diskriminierten Gruppen in der Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung
- Aufnahme von Anti-Diskriminierungs-Bestimmungen in kommunale Verträge und bei der Vergabe von Gewerbeerlaubnissen
- Entwicklung von Leitlinien oder Verhaltenskodizes für kommunale und private Unternehmen, die auf dem Immobilienmarkt tätig sind, um Diskriminierungen bei Vermietung und Verkauf von Wohnraum zu bekämpfen

- Entwicklung von Maßnahmen, um Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Erziehung sicherzustellen
- Förderung der interkulturellen und der Menschenrechtsbildung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung

## 10. Handlungsfeld kulturelle Vielfalt:

### Wie können Kommunen und Zivilgesellschaft kulturelle Vielfalt fördern?

Die Förderung der kulturellen Vielfalt ist unverzichtbar, um Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wirksam zu bekämpfen. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis der verschiedenen kulturellen Orientierungen und fördert damit das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Abstammung.

#### Vorschläge:

- Finanzielle und organisatorische Unterstützung von Veranstaltungen, Projekten und Begegnungsorten, die die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung repräsentieren und die daraus resultierende Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens dokumentieren
- Förderung der kulturellen Reichhaltigkeit durch die Gestaltung eines vielfältigen kommunalen Kulturprogramms
- Veranstaltung von interkulturellen Wochen, um gegenseitige Akzeptanz, Toleranz und den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern
- Benennung öffentlicher Bereiche (Straßen, Plätze etc.) zur Erinnerung an diskriminierte Personen oder Gruppen bzw. an entsprechende Ereignisse
- Förderung der Herstellung von Filmmaterial oder Dokumentationen über Bevölkerungsgruppen oder Einzelpersonen, die von Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit betroffen sind, um die Bevölkerung zu informieren und zu sensibilisieren

## 11. Handlungsfeld Sport:

### Was können Sportvereine gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Sport tun?

„Wenn ich Rechtsextremist wäre, ich wüsste, was ich zu tun hätte! Ich ginge in den Sportverein!“ Diese Aussage stammt vom ehemaligen DFB-Präsidenten Dr. Theo Zwanziger und trifft heute mehr denn je zu. Weit über 60% der Bevölkerung treibt aktiv Sport oder ist an Sport sehr interessiert. Das wissen auch rechtsextreme Parteien und Gruppierungen und versuchen, den organisierten Sport zu unterwandern. Sportvereine sind für Rechtsextreme von besonderem Interesse, da dort fast die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen aktiv ist. Anfangs unverfängliche Kontaktaufnahmen entpuppen sich allzu oft als politische Infiltration durch rechtsextremes Gedankengut.

#### Vorschläge:

- Sensibilisieren der Vereinsführung, der Trainerschaft, des Betreuerenteams, der Sportlerinnen und Sportler, Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter sowie Eltern zum Erkennen rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und diskriminierender Äußerungen und Aktivitäten im Sport und dessen Umfeld
- Konsequentes Vorgehen gegen jegliche Form rechtsextremer Erscheinungsformen
- Benennung einer/eines Ansprechpartnerin/Ansprechpartners im Verein für vertrauliche Gespräche mit betroffenen Personen
- Aufnahme und Integration von Vereinsmitgliedern mit Migrationshintergrund in alle Ebenen des Vereins
- Einrichtung von Workshops, in denen sich die Sportlerinnen und Sportler mit dem Nationalsozialismus und den modernen Formen des Rechtsextremismus auseinandersetzen
- Erstellen eines Verhaltenskodex' für die Vereinsmitgliedschaft und Verpflichtung der Vereinsmitglieder zur Einhaltung desselben
- Durchführung von Jugendturnieren unter dem Motto „Fair Play“; Auszeichnung der fairsten Spielerinnen und Spieler, Mannschaften und Zuschauergruppen

- Überprüfung und Anpassung der Vereinssatzungen im Hinblick auf die Mitgliedschaft von rechtsextremistischen Mitgliedern und Anpassung der Sportstätten- und Stadionordnungen

## 12. Handlungsfeld Internet:

### Wie kann der Verbreitung rechtsextremer Propaganda, der Verführung Jugendlicher und Verunglimpfungen auf entsprechenden Seiten begegnet werden?

Das Internet und die Möglichkeiten des Web 2.0 sind von strategisch hohem Stellenwert für die rechtsextremistische Szene. Nahezu ungestört verbreiten sie dort ihre Propaganda, vernetzen sich mit rechtsextremen Gruppierungen anderer Länder und organisieren Treffen und Aufmärsche. Mit verunglimpfenden und herabwürdigenden Darstellungen sollen Personen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, eingeschüchtert oder alltägliche Gegebenheiten in engem Zusammenhang mit ihrer Doktrin gezeigt werden. Jugendliche werden mit vermeintlich harmlosen Angeboten, zuweilen höhnisch oder gewaltverherrlichenden Darstellungen und Produkten an die Erlebniswelt Rechtsextremismus herangeführt. Nicht minder beliebt sind Online Spiele, in denen anonym Welten mit menschenverachtenden Zusammenschlüssen geschaffen werden. Dabei ist das Internet kein rechtsfreier Raum, auch wenn es dringend erforderlich ist, entsprechendes Recht auf internationaler und europäischer Ebene anzupassen und eine globale Rechtsharmonisierung herzustellen.

#### Vorschläge:

- Stärkung der Medienkompetenz durch Seminarangebote für Jugendliche, Multiplikatoren, Eltern und Lehrerschaft
- Aufklärung über Symbole, Phrasen und versteckte Propaganda rechtsextremer Portale und in Online Games
- Konsequente Nutzung bereits vorhandener Löschungsmöglichkeiten über entsprechende Meldebutons auch auf den Web 2.0 Seiten

- Einschaltung der Medienaufsicht
- Bei Verstößen gegen den Jugendschutz umgehende Information an die Zentralstelle für Jugendschutz im Internet unter [www.jugendschutz.net](http://www.jugendschutz.net)
- Anzeige auffälliger Webseiten und strafrechtlich relevanter Darstellungen
- Ausschöpfung aller im Zusatzprotokoll der Konvention zur Internetkriminalität (Cybercrime Convention, CCC) aufgeführten rechtlichen Handlungsmöglichkeiten

Weiterführende Informationen und Links finden Sie auf der Webseite der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion:  
[www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de](http://www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de)

### **Kontakt:**

Geschäftsstelle der Allianz gegen Rechtsextremismus  
in der Metropolregion Nürnberg

Stadt Nürnberg / Menschenrechtsbüro  
Hans-Sachs-Platz 2  
90403 Nürnberg

Tel. 0911 – 2 31 50 29

Fax 0911 – 2 31 30 40

[kontakt@allianz-gegen-rechtsextremismus.de](mailto:kontakt@allianz-gegen-rechtsextremismus.de)

[www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de](http://www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de)

---

### **Impressum**

Herausgeberin:  
Allianz gegen Rechtsextremismus  
in der Metropolregion Nürnberg

Vorstand: M. Helmbrecht, St. Doll, Dr. St. Nitsche,  
Dr. E. Preuß, S. Streckel

Texte: H. Fuehr, D. Groß, L. Haas, M. Helmbrecht,  
Dr. H. Hesselmann

Redaktion: AG Handlungsprogramm, Koordinierungsgremium

Gestaltung: [formfinder.de](http://formfinder.de)

Druck: Hofmann Druck Nürnberg GmbH

Auflage: 5 000

März 2014